



► Nr. 9/07965-01-01-02
öffentlich

Lübeck, 17.08.2022

Vorlage -öffentlich-

Verantwortliche Bereiche:
4.415 - Archiv

Bearbeitung: Jan Lokers (E-Mail: jan.lokers@luebeck.de Telefon: 122-4150)

Konzept zur Neu-Aufstellung der Erinnerungskultur in Lübeck

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
22.08.2022	Senat	Nichtöffentlich	zur Senatsberatung
12.09.2022	Ausschuss für Kultur und Denkmalpflege	Öffentlich	zur Vorberatung
13.09.2022	Hauptausschuss	Öffentlich	zur Vorberatung
29.09.2022	Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck	Öffentlich	zur Entscheidung

Beschlussvorschlag:

1. Ausgehend von dem vorliegenden Grundlagenkonzept (Anlage 2) stimmt die Bürgerschaft auf Empfehlung des Ausschusses für Kultur und Denkmalpflege im ersten Entwicklungsschritt ab 2023 der Einrichtung einer Stabsstelle „Erinnerungskultur“ im Fachbereich 4 Bildung und Kultur bei den Fachbereichsdiensten 4.041.4 Kulturbüro zu.
2. Zum Aufbau einer zeitgemäßen Neuausrichtung und zur dauerhaften Fortführung der Erinnerungskultur in der Hansestadt Lübeck sind Personal-Ressourcen mit insgesamt 1,5 VZÄ Planstellen (1,0 VZÄ * Wissenschaftlicher MA EG 13 ab 2023 sowie 0,5 VZÄ Verwaltungssachbearbeitung EG 9c ab 2024) und die erforderlichen Sachmittel zur Ko-Finanzierung und für digitale Vermittlungsstrategien erforderlich.
3. Aufgrund des bereits abgeschlossenen Haushaltsverfahrens 2023 wird die EG 13 Stelle interimswise für diesen Zeitraum aus dem zentralen Stellenpool der Hansestadt Lübeck zur Verfügung gestellt. Die Finanzierung der Sachkosten für 2023 erfolgt im Rahmen der laufenden Budgetbewirtschaftung. Im Rahmen des Stellenplan- und Haushaltsverfahrens 2024 werden dann die Personal- und Sachkosten geordnet und zur Verfügung gestellt (Anlage 3).
4. Diese:r Wissenschaftler:in berät, bündelt, vernetzt und koordiniert die erinnerungs-kulturellen Initiativen in der Stadt. Sie/er setzt innovative inhaltliche Impulse, regt neue Formate des Gedenkens und Zugänge zur Erinnerung an. Sie / er sichert das Engagement der heute Aktiven für die Zukunft, motiviert neue Akteur:innen und erreicht neue Zielgruppen.
5. Für die Realisierung des Gesamtkonzepts bzw. der darin vorgeschlagenen Einzelmaßnahmen inklusive digitaler Vermittlungsstrategien werden spätestens ab dem Hj. 2024 Drittmittel eingeworben werden.
6. Die Erinnerung an die Gewalterfahrungen des 20. Jahrhunderts und die Lehren daraus benötigen eine Mitte und eine Säule. Zur Festigung der demokratischen Kultur soll daher ein für alle Lübecker:innen und Lübeck-Besucher offener Vermittlungsort in zentraler Erreichbarkeit, in Nähe zu Gedenkort, zivilgesellschaftlichen Akteuren, Politik, Kultur- und Bildungsinstitutionen eingerichtet werden. Hierzu ist durch das „Büro für Erinnerungskultur“ ein Umsetzungskonzept zu erstellen.
7. Der Bürgermeister wird gebeten, im ersten Quartal 2024 zu berichten, in welchen

Schritten die vorgeschlagenen Maßnahmen umgesetzt werden konnten und welche weiteren Schritte zur Entwicklung einer zeitgemäßen Erinnerungskultur nötig sind, welche finanziellen Folgewirkungen diese haben und welche Drittmittel hierfür eingeworben werden können.

Verfahren:

Bereiche/Projektgruppen	Ergebnis
1.201 Haushalt und Steuerung	Zustimmung
2.000.2 Stabsstelle Integration	Zustimmung
2.000.4 Stabsstelle Ehrenamt	Zustimmung
4.041.4 Kulturbüro	Zustimmung
4.047 Lübecker Museen	Zustimmung
4.401 Schule und Sport	Zustimmung
4.513 Jugendarbeit	Zustimmung

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gem. § 47 f GO ist erfolgt:

Ja
 Nein-

Begründung:

Die Belange von Kindern und Jugendlichen sind in diesem Projektstadium noch nicht betroffen

Die Maßnahme ist:

neu
 freiwillig
 vorgeschrieben durch:

Finanzielle Auswirkungen:

Ja (Anlage 1)
 Nein

Auswirkung auf den Klimaschutz:

Nein
 Ja – Begründung:

Begründung der Nichtöffentlichkeit gem. § 35 GO:

-

Begründung:

Der Kulturausschuss hat die Verwaltung in seiner Sitzung vom 09.11.2020 (09.11.2020 VO 07965-01-01) beauftragt, ein Konzept „Wege von Verfolgung und Widerstand in Lübeck“ bzw. zur zeitgemäßen Neuausrichtung der Erinnerungskultur in der Hansestadt zu erstellen. Der Hauptausschuss hat nachgehend der Erstellung des Konzeptes durch das Zentrum für Kulturwissenschaftliche Forschung Lübeck (ZKFL) zugestimmt. Das ZKFL hat nach Einwerbung der dazu erforderlichen Mittel Anfang April 2021 die Ausschreibung für die Erarbeitung des Konzeptes durchgeführt. Die Erarbeitung des Konzeptes wurde gefördert durch das Zentrum für Kulturwissenschaftliche Forschung Lübeck, die Hansestadt Lübeck, die Bluhme-Jepsen-Stiftung, die Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten und die

Dietrich-Szameit-Stiftung.

Für die Konzepterstellung konnte nach einem Ausschreibungs- und Bewerbungsverfahren Frau Dr. Claudia Fröhlich, Berlin, gewonnen werden. Ein besonderer Schwerpunkt ihrer Arbeit liegt im Bereich der Erinnerungskultur und Geschichtspolitik nach 1945. Die Auftragsvergabe an sie erfolgte Anfang Juli 2021. Frau Dr. Fröhlich hat im Rahmen eines Vertrags über freie Mitarbeit die Arbeit an der Entwicklungskonzeption zum 1. August 2021 aufgenommen und diese Arbeit im Juli 2022 abgeschlossen.

Das vorgelegte Entwicklungskonzept für eine zeitgemäße Weiterentwicklung der Erinnerungskultur in Lübeck mit dem Titel „Lübeck erinnert – um Demokratie zu leben. Konzept zur Weiterentwicklung der Erinnerungskultur in der Hansestadt Lübeck“ entstand in enger Begleitung mit einem wissenschaftlichen Fachbeirat. Dem Fachbeirat gehören an: Prof. Dr. Cornelius Borck und Prof. Dr. Hans Wißkirchen, Sprecher des Zentrums für Kulturwissenschaftliche Forschung Lübeck (ZKFL), Dr. Jan Lokers, Leiter des Archivs der Hansestadt Lübeck sowie die Mitglieder des Sprecher:innenrates des Forums Erinnerungskultur Lübeck Dr. Karen Meyer-Rebentisch, ehemals Projektleiterin der Gedenkstätte Lutherkirche, Dr. Harald Schmid, Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten, Christian Rathmer M.A., Geschichtskontor Lübeck und Dr. Bettina Greiner, Leiterin des Willy-Brandt-Hauses Lübeck.

Die weiteren Schritte für die Neuorientierung der Erinnerungskultur sollen die vorhandenen Initiativen und Ansätze der Hansestadt mit einbeziehen und koordinieren. Hier sind unter anderem zu nennen die verschiedenen Träger im Fachbereich 4, Bereich Schule und Sport, Abteilung Bildungsmanagement, der Bereich Jugendarbeit und die Stabsstelle Integration des Fachbereichs 2 Wirtschaft und Soziales sowie die Berücksichtigung des Museumsentwicklungsplans 2020-2030 der LÜBECKER MUSEEN. Der Bereich Jugendarbeit der Hansestadt Lübeck hat sich 2021 erfolgreich beim Bundesprogramm „Demokratie leben - Vielfalt gestalten- Extremismus verhindern!“ beworben.

Das Grundlagenkonzept bilanziert, dass Erinnerung und Gedenken derzeit im Wesentlichen von ehrenamtlichen Initiativen und Vereinen, den Kirchen sowie Stiftungen getragen und gestaltet wird. Die derzeitige Erinnerungskultur in Lübeck ist sehr unübersichtlich und zerklüftet, es fehlt ihr an einer koordinierenden, in die Zukunft gerichteten Mitte. Auch fehlen Konzepte für eine digitale Vermittlung. Auch hierzu werden im Konzept Vorschläge unterbreitet. Es bietet Perspektiven für eine ab 2023 ins Werk zu setzende Neubelebung der Erinnerungskultur in Lübeck mit dem Ziel der Demokratiestärkung. Diesen Weg haben andere Städte bereits beschritten. Es geht darum, das Gedenken in Lübeck gegenwartsbezogen und zukunftsorientiert zu gestalten und Anschluss an die allgemeine Entwicklung der Gedenkkultur zu finden.

Für die Umsetzung schlägt die Verwaltung wie im Beschlussvorschlag formuliert, einen Stufenplan vor. Die Einwerbung von Drittmitteln ist integrativer Bestandteil aller Umsetzungsmaßnahmen.

Anlagen:

1. Finanzielle Auswirkungen
2. Konzept „Lübeck erinnert – um Demokratie zu leben. Konzept zur Weiterentwicklung der Erinnerungskultur in der Hansestadt Lübeck“
3. Finanzplan 2023 und 2024

Senatorin Monika Frank